Nr. 46. + 26. Jahrgang

Berlin, 16. November 1918

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis: Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO.16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 1 Mk. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg. Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

In der deutschen Republik.

Berlin, 10. November.

Man hat in der letzten Zeit wiederholt von der Eilzugsgeschwindigkeit gesprochen, mit welcher sich die politischen Vorgänge in Deutschland entwickeln, in der letzten Woche hat diese Entwicklung aber geradezu Flugzeuggeschwindigkeit angenommen. Das Maß war voll und übervoll, die gespannte politische Atmosphäre drängte zur Entladung. Den Matrosen in Kiel gebührt der Ruhm, die Lawine ins Rollen gebracht zu haben. Es war bekanntgeworden, daß Offiziere der Marine die Bemühungen der Regierung zur Herbeiführung des Friedens durchkreuzen und die Hochseeflotte zu einem Verzweiflungskampf auslaufen lassen wollten. Das gab den Anstoß zu der Erhebung der Matrosen. Genaue Einzelheiten über die Vorgänge hat man aber nicht erfahren, da die Zensur sich in gewohnter Teufelsschigkeit ins Mittel legte und den Zeitungen die Wiedergabe der Nachrichten aus Kiel, aus Hamburg, Lübeck, Bremen und einer ganzen Reihe weiterer Städte in Norddeutschland verbot, in denen sich, dem Kieler Beispiel folgend, die Arbeiter und Soldaten in den Besitz der Macht gesetzt hatten.

Diese Zensurstreiche erwiesen sich als vergeblich. Der ins Rollen gekommene Stein war nicht aufzuhalten. Nachdem Kiel mit seiner Erhebung am 3. November vorangegangen war, folgten sehr schnell die anderen Städte in Norddeutschland. Am 8. November wurde in München die bayerische Republik ausgerufen. Ein Manifest des Arbeiter- und Soldatenrats verkündete die Absetzung der Dynastie Wittelsbach. Am gleichen Tage dankte der Herzog von Braunschweig ab, und in anderen Bundesstaaten war man im Begriff, dem Beispiel zu folgen.

Nur Wilhelm II. klebte zähe an seiner Kaiserwürde. Am 7. November hatten die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der Reichstagsfraktion ihr Ultimatum an die Regierung gerichtet, in welchem unter anderem der Rücktritt des Kaisers und des Kronprinzen bis Freitag mittag, den 8. November, gefordert wurde. Dieser Schritt stand in engem Zusammenhang mit den Waffenstillstandsverhandlungen. Eine Delegation war unterwegs ins feindliche Hauptquartier, um die Bedingungen in Empfang zu nehmen. Es bestand an allen maßgebenden Stellen Klarheit darüber, daß der Krieg jetzt unter allen Umständen zu Ende gebracht, die Waffenstillstandsbedingungen, gleichviel, wie sie ausfallen, angenommen werden müssen. Der Umstand, daß wider Erwarten die Reise der Delegierten ins feindliche Hauptquartier eine Verzögerung erfahren hatte, machte die Verlängerung der in dem Ultimatum gestellten Frist zu einer Notwendigkeit. Der Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung mußte als selbstverständliche Folge den Rücktritt auch der übrigen Regierungsmitglieder nach sich ziehen. In der kritischen Zeit hätte es an einer verhandlungsfähigen Regierung gefehlt, und möglicherweise hätte das eine weitere Verlängerung des Krieges bewirkt. Deshalb sollte noch einen Tag mit der Ausführung der Drohung gewartet werden.

Nun aber entwickelten sich die Dinge in Berlin mit dramatischer Schnelligkeit. Die Arbeiter in den Fabriken, welche die ganze Woche über nur mühsam zurückgehalten werden waren, drängten zur Tat. Am Sonnabend, dem 9. November, mußte die Entscheidung fallen. Das wußten auch die militärischen Stellen, die große Truppenmassen nach Berlin zusammengezogen hatten. Die Polizei hatte ein Siegen umfassende Vorbereitungen getroffen, aber zunächst war alles ruhig. Kurz vor Mittag wurde von beiden sozialdemokratischen Parteileitungen das Signal zur Arbeitsniederlegung gegeben. Gleichzeitig begann auch der Abfall des Militärs. Jetzt endlich erschien die Bekanntmachung, welche den Thronverzicht des Kaisers kundgab. In diesem Augenblick war der Erfolg der Erhebung bereits entschieden. Berlin befand sich in den Händen der Arbeiter und Soldaten, die einen wuchtigen Sieg errungen hatten. Ganz ohne Blutvergießen ist es in der Tat doch nicht abgegangen. Königstreue Fanatiker begannen am Abend des Sonnabends aus Häusern heraus auf das Volk zu schießen, und im Laufe des Sonntags wurden in verschiedenen Teilen der Stadt lebhafte Feuergefechte geführt, über deren Resultat in dem Augenblick, in dem wir dies schreiben, noch nichts Näheres bekannt ist.

Der Sonntag war der Tag der Wahlen. Am Vormittag wurden in den einzelnen Fabriken Delegierte zum Arbeiterrat gewählt, gleichzeitig nahmen die verschiedenen Truppenteile die Wahl ihrer Vertreter vor. Gegen 4 Uhr versammelten sich am Nachmittag die Arbeiter- und Soldatenvertreter im Zirkus Busch, wo die Wahl der Regierung und des Arbeiter- und Soldatenrats vorgenommen wurde. Beide Körperschaften wurden paritätisch aus Angehörigen der beiden sozialdemokratischen Parteien zusammengesetzt. In die vorläufige Regierung wurden Ebert, Scheidemann und Landsberg von der Sozialdemokratischen Partei und Haase, Dittmann und Barth von den Unabhängigen. Dem Arbeiter- und Soldatenrat gehören je 12 Arbeiter und Soldaten an; die Arbeitervertreter sind gleichfalls in gleicher Zahl den beiden Parteien entnommen. Die deutsche sozialdemokratische Republik hat sich konstituiert.

In der nächsten Zeit dürften sich die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte aus den verschiedenen Teilen des Reiches in Berlin zusammenfinden. Dann wird voraussichtlich sehr bald die Wahl der konstituierenden Versammlung stattfinden, an welcher sich alle Männer und Frauen von 20 Jahren an sowie auch die Soldaten beteiligen werden. Die Mehrheit des deutschen Volkes wird dann endgültig über die Regierungsform entscheiden und die Männer bestimmen, denen sie die Leitung ihrer Regierung übertragen will. Daß die Entscheidung für die Republik fallen wird, unterliegt keinem Zweifel. Die deutsche Republik soll aber ein demokratischer Staat sein, der Wille des Volks sei in ihm oberstes Gesetz!

*

Die Vorgänge der historischen Woche werden am besten illustriert durch einige in diesen Tagen erschienene Regierungskundgebungen. Am 4. November wurde überall der folgende Aufruf angeschlagen:

An das deutsche Volk!

Die Not der Zeit lastet auf der Welt und auf dem deutschen Volk. Wir müssen diese schweren Tage und ihre Folgen überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten für die glücklicheren Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Anrecht hat. Die neue Regierung ist am Werk, diese Arbeit zu leisten. Wichtiges ist erreicht:

Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert.

Eine neue Regierung hat sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien gebildet.

Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstages und damit des Volkes.

Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksvertretung übertragen worden.

Kriegserklärung und Friedensschluß unterliegen der Genehmigung des Reichstages.

Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt.

Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen.

Pressefreiheit und Versammlungsrecht sind gewährleistet. Doch vieles bleibt noch zu tun.

Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staat der Welt zurückstehen soll, wird entschlossen weitergeführt.

Die Neugestaltung kann ihre befreiende und heilende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Verwaltungs- und Militärbehörden findet, der ihren Zweck erkennt und fördert. Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die in amtlicher Stellung dem Gemeinwesen zu dienen berufen sind, daß sie unsere willigen Mitarbeiter sein werden.

Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volk. Es hat sich in vier furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasten sinnlos und nutzlos in neues Elend und Verderben hineintreiben lassen.

Selbstzucht und Ordnung tut not. Jede Disziplinlosigkeit wird den Abschluß eines baldigen Friedens auf das schwerste gefährden.

Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen einen ehrlichen Frieden, und sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen.

Den seit Wochen in harten Kämpfen stehenden Truppen muß durch Ablösung Ruhe geschaffen werden. Nur zu diesem Zweck, aus keinem anderen Grunde, sind die Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden.

Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer Dank; durch ihren Todesmut und ihre Mannszucht haben sie das Vaterland gerettet.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, ihre und ihrer Familie Existenz wieder zu sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit erklärt, ihre früheren, jetzt eingezogenen Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere Maßnahmen auf diesem Gebiet sind teils in Vorbereitung, teils schon ausgeführt.

Mit dem Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Ernährung sowie aller Lebensverhältnisse einstellen.

Deutsche Männer und Frauen!

Kampf und Friede sind unsere gemeinsame Aufgabe, Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft. Euer Vertrauen, das uns unerläßlich ist, in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Leitsatz.

Berlin, den 4. November 1918.

Der Reichskanzler Max Prinz von Baden, der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer, der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums Dr. Friedberg, die Staatssekretäre Dr. Solf, Graf v. Rödern, Dr. von Krause, Rüdlin, v. Waldow, Frhr. v. Stein, Scheidemann, Gröber, Erzberger, Haußmann, Bauer, Trimborn, der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter v. Mann, der Kriegsminister Scheuch.

Dieser Aufruf war bestimmt, beruhigend auf das Volk zu wirken; vermutlich hoffte man, daß man damit das immer dringendere Verlangen des Volkes nach der Abdankung des Kaisers einschläfern zu können. Der Versuch erwies sich als vergeblich. Um die Mittagszeit des 9. November erschien in Berlin der folgende Erlaß, der von der gesamten Bevölkerung mit Jubel aufgenommen wurde:

Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Thron zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amt, bis die mit der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzicht Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes, einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler.
Prinz Max von Baden.

In diesem Erlaß ist noch die Frage der Einsetzung einer Regentschaft offengelassen. Diese recht überflüssige Frage wird in der ersten amtlichen Kundgebung des Reichskanzlers Ebert völlig beiseite geschoben. Dieser gleichfalls vom 9. November datierte Aufruf lautet:

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde daher über das Ergebnis der Oeffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volk den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser harrt. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.

Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub, mit Elend für alle! Die Aermsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: Verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler. Ebert.

*

Die Errichtung der Volksrepublik in Deutschland war ein kühner Entschluß und eine rasche Tat, deren weitreichende Folgen sich im Augenblick noch gar nicht übersehen lassen. Wie schnell die entscheidende Wendung eintrat, mag an einem

kleinen Beispiel illustriert werden, das allerdings in dem Drange der großen Ereignisse herzlich unbedeutend ist. Vor 14 Tagen hat eine fürsorgliche **Zensur** die Nr. 43 der „**Holzarbeiter-Zeitung**" beschlagnahmt, weil wir die Gründe erörtert haben, welche den Thronverzicht des Kaisers notwendig machen. In einer anderen Stelle des gleichen Aufsatzes, wo davon die Rede war, daß die Notwendigkeit eintreten könne, daß die Vertrauensmänner die Massen rufen, um durch außerordentliche Maßnahmen politische Errungenschaften zu verteidigen oder Fortschritte zu erzielen, erblickte der gestrenge Zensor die Ankündigung einer Revolution. Nun ist die befürchtete Revolution eingetreten, und die Zensur hat durch ihr Walten nicht unwesentlich zu ihrer Beschleunigung beigetragen.

*

Bedeutet die Beseitigung der Monarchie an sich schon einen Gewinn für das Staatswesen, so ist diese Umwälzung für Deutschland von ganz besonderem Vorteil. Dem **Elend der Kleinstaaterei** wird nun hoffentlich ein dauerndes Ende bereitet. Diese Kleinstaaterei hat Deutschland in der Welt zum Gespött gemacht und den gesunden Fortschritt im Innern gehemmt. Während es in den Nachbarländern meist schon im Mittelalter gelungen ist, die Macht der Teilfürsten zugunsten der Zentralgewalt zu brechen, ist dieser Kampf der alten deutschen Kaiser vergeblich geblieben. Ein gut Teil der unzähligen deutschen Vaterländer ist infolge der Korrektur, die Napoleon zu Beginn des vorigen Jahrhunderts an der deutschen Landkarte vornahm, verschwunden, es sind aber noch viel zuviel übriggeblieben. Die deutsche Revolution muß uns jetzt endlich **den deutschen Einheitsstaat** bringen. Die Eigenart der deutschen Stämme läßt sich auch im Einheitsstaat pflegen. Hoffen wir, daß nicht ein unzeitgemäßer Partikularismus uns die Gelegenheit für diesen Fortschritt verpassen läßt.

*

Der erste Aufruf des Reichskanzlers Ebert weist mit besonderem Nachdruck auf die Bedeutung der **Ernährungsfrage** hin. Das lenkt den Blick auf die ungeheuren Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind. Wenn der Krieg auch jetzt voraussichtlich sehr schnell endgültig beendet sein wird, so sind damit unsere Lebensmittelnöte noch lange nicht behoben. Es besteht sogar die Gefahr, daß die **furchtbar schweren Waffenstillstandsbedingungen**, die uns von der Entente aufgenötigt werden, die **Ernährungsmöglichkeiten** auf das empfindlichste **beeinträchtigen** werden, ganz abgesehen von den Gefahren, die etwa durch renitente Landwirte heraufbeschworen werden können. Die Ernährungsnöte werden noch verschärft werden durch die in Bälde zu erwartende **Stockung in unserem Wirtschaftsleben** infolge der Umschaltung der Kriegs- zur Friedenswirtschaft. **Uns stehen noch sehr schwere Tage bevor**, und das Organisationstalent der leitenden Männer in der jungen Republik wird auf eine harte Probe gestellt werden. Darüber müssen wir uns von vornherein klar sein; wir werden die Leitung, die eine gewaltige Arbeit zu vollbringen hat, nicht für Unannehmlichkeiten verantwortlich machen dürfen, die zu verhüten nicht in ihrer Macht liegt. Es ist eine **böse Erbschaft**, die sie vom alten Regime übernimmt, dessen Sünden zu liquidieren wird noch viel Mühe und Arbeit verursachen.

*

Mit ganz besonderer Freude erfüllt es uns, daß die Revolution die **beiden sozialdemokratischen Parteien** wieder zu gemeinsamer Arbeit zusammengeführt hat. In der Zeit der Trennung hat sich auf beiden Seiten recht viel Haß und Groll angesammelt, und es ist den Führern sehr schwer gefallen, die Formel zu finden, die ein Zusammenarbeiten ermöglicht. Ein **Zusammenarbeiten**, das unbedingt notwendig ist, und das von den Massen immer energischer gefordert wird. Die viel erörterte Frage, **auf welche Seite sich die Kriegsteilnehmer** stellen werden, wenn sie wieder aktiv am politischen Leben teilnehmen können, hat **bei der Wahl der Arbeiterräte** in Berlin am 10. November eine überraschende Antwort gefunden. **Die Soldaten verlangten nichts als Einigkeit**, und sie haben die paritätische Zusammensetzung des Arbeiterrats schließlich erzwungen. Wer die Versammlung im Zirkus Busch besucht hat, wird aus ihr den Eindruck mit fortgenommen haben, daß es starke Ueberwindung gekostet hat, das Zusammenwirken der beiden Parteien herbeizuführen. Das eingegangene Verhältnis ist gewissermaßen mit einer Vernunftehe zu vergleichen. Wir hoffen, daß die gemeinsame Arbeit das noch lose Band bald wieder fester schließen wird, und daß sich in absehbarer Zeit die **Notwendigkeit einer Wiederverschmelzung** unabweisbar aufdrängen wird. Geschieht dies recht bald, dann wäre es nicht der geringste Nutzen, den die Revolution der deutschen Arbeiterklasse gebracht hat.

Das Gebot der Stunde.

Der nachstehende Aufsatz war vor dem Ausbruch der deutschen Revolution [illegible]. Er hat aber durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse nicht an Wert verloren.

Die Weltrevolution, die wir erleben, hält alle Welt in ihrem Bann. Der mitteleuropäische Staatenbund ist zerfallen; nacheinander haben die Verbündeten Deutschlands kapituliert; die siegreiche Entente kann den Frieden diktieren. Wie gewöhnlich nach einem unglücklichen Kriege, vollziehen sich in den besiegten Ländern Umwälzungen, die in den Gebieten der Mittelmächte um so bedeutsamer sind, als sich in den mehr als vier Kriegsjahren eine Menge von Haß und Groll angesammelt hat. Noch nie in der Weltgeschichte hat es einen so erbitterten Krieg gegeben, noch nie ist es vorgekommen, daß weite Länderstrecken dermaßen von der Weltwirtschaft abgeschnitten wurden, daß die gesamte Bevölkerung zum Hungern verurteilt war und nur notdürftig ihr Leben fristen konnte. [illegible] der lange zurückgedrängte Volkswille hat sich mit [illegible] Gewalt einen Ausweg gebahnt und die seitherigen Gewalthaber hinweggefegt oder zum Verzicht auf ihre Macht gezwungen. Das Land der Besiegten ist eine Beute der Feinde; in ihrem seitherigen Gebiet werden neue Grenzen gezogen, noch braust und brodelt es in Mittel- und Osteuropa wie in einem Hexenkessel, noch ist nicht zu übersehen, welche Gestalt die entstehenden Gebilde annehmen werden.

Es ist begreiflich, daß in solchen revolutionären Zeiten das Interesse der Arbeiterschaft völlig von den politischen Vorgängen in Anspruch genommen ist. Die Zeit ist vorüber, wo die Arbeiter nur Objekte der Gesetzgebung waren. Die **organisierte Arbeiterschaft** ist als handelnder Körper auf die Weltbühne gestiegen, und sie hat begonnen, die **Geschicke der Welt** mit starker Hand zu formen. Die aktive Teilnahme an der Politik ist jetzt mehr als je die Pflicht jedes denkenden Arbeiters, aber um so nachdrücklicher muß jetzt darauf hingewiesen werden, daß ein enger **Zusammenhang zwischen den politischen und den wirtschaftlichen Fragen** besteht. Die deutschen Arbeiter, soweit sie politisch denken können, sind, vielleicht mit verschwindenden Ausnahmen, republikanisch gesinnt. Das ist eine ganz natürliche Erscheinung. Dem gesunden Menschenverstand will es nicht einleuchten, weshalb ein einzelner durch den Zufall der Geburt berufen sein soll, über ein ganzes Volk zu herrschen. Die gewaltige republikanische Welle, die jetzt über die Lande dahinbraust, hat ihre begreifliche und berechtigte Ursache, ebenso wie es selbstverständlich ist, daß jetzt, wo das Volk handelnd auftritt, auf allen Gebieten eine Umformung der Einrichtungen und Zustände in **demokratischem** Sinne vollzogen wird.

Aber die Demokratisierung darf **nicht Selbstzweck** sein. Es hat seither in der Welt genug Republiken gegeben, deren Einrichtungen uns lehren, daß für die **Wohlfahrt des Volkes** die Staatsform nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die Uebertragung der Regierungsgewalt an Männer aus dem Volke gibt an sich noch nicht die Gewähr für die **wirtschaftliche** Hebung der breiten Massen. Die **geistige und materielle Hebung der Massen** muß der Zweck der demokratischen Politik sein. Haben die in die Regierung berufenen Volksmänner nicht die Macht, ihren Willen durchzusetzen, dann können sie unter Umständen mehr Schaden als Nutzen stiften. Ihr Einfluß stützt sich ausschließlich auf die **Organisation der Massen**. Es genügt nicht, sich an gelegentlichen Demonstrationen zu beteiligen. Entschließungen, selbst wenn sie von den größten Volksversammlungen begeistert angenommen werden, haben nicht viel Wert, wenn die Masse nachher wieder auseinanderläuft und nicht durch das einigende Band der Organisation **dauernd zusammengehalten** wird.

Die Arbeiterschaft braucht **kraftvolle Organisationen**, wenn sie die eingeleitete Demokratisierung zielklar durchführen und sich die Errungenschaften der Sturmtage dauernd sichern will. Die Geschichte ist reich an Beispielen, wo auf die Begeisterung des Volkssieges nur zu schnell der graue Katzenjammer folgte. Es war nur eine zufällig zusammengewürfelte Masse, die den Sieg errang, die aber aus Mangel einer Organisation sehr bald wieder den reaktionären Kräften erlag. Lassen wir uns nicht täuschen von dem Bekenntnis zur Demokratie, das jetzt auch von solchen Stellen abgelegt wird, bei denen man es noch vor wenigen Wochen ganz unmöglich erwartet hat. **Die herrschenden Gewalten kleben zähe an ihrer Macht.** In der Zeit der Not werden sie wohl schmiegsam und ducken sich, aber sie spähen nach jeder Gelegenheit aus, das alte Unterdrückungsverhältnis, womöglich in verschärfter Form, wieder herzustellen. Ist die Begeisterung der Massen verflogen, ohne daß sie ausgenutzt wurde, die Organisation der Arbeiterklasse nach innen und außen zu stärken, dann kann auf den Freiheitsrausch sehr schnell ein furchtbares Erwachen folgen.

Organisation der Arbeiter muß jetzt die Losung sein, und ganz besonders müssen auch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, die **Gewerkschaften**, ausgebaut und gekräftigt werden. Eine volkstümliche Regierung, wie wir sie anstreben, kann uns den Kampf um günstige Arbeitsbedingungen erleichtern; durch eine entsprechende Gesetzgebung können die hemmenden Fesseln, die der Entwicklung der Gewerkschaften bisher entgegenstanden, beseitigt werden. Wir können die Bedeutung einer verständigen sozialen Gesetzgebung nicht hoch genug veranschlagen, aber die Hauptarbeit für die **wirtschaftliche Besserstellung** der Arbeiterschaft kann nur von dieser selbst geleistet werden. Nur mit Hilfe der Gewerkschaften können wir unsere Arbeitsbedingungen verbessern, die Arbeitszeit verkürzen, die Löhne steigern. Für absehbare Zeit wird der Zustand andauern, daß die Gesetzgebung hinsichtlich des Arbeiterschutzes im wesentlichen nur das bestätigen und legalisieren wird, was die Arbeiterschaft sich **durch eigene Kraft** errungen hat.

Die politische Revolution, die wir jetzt erleben, hat an der sozialen Schichtung der Bevölkerung nichts geändert, und die Voraussetzungen für eine durchgreifende Aenderung auf diesem Gebiet sind auch noch nicht gegeben. Nach wie vor werden sich **Unternehmer und Arbeiter** als Vertreter gegensätzlicher Interessen gegenüberstehen. Darüber darf uns die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß sich die Vertreter der Unternehmer- und der Arbeiterorganisationen zeitweilig zur Förderung gemeinsamer Interessen zusammenfinden. Es liegt in der Natur der Sache, daß solchen Interessengemeinschaften der dauernde Bestand versagt ist. Früher oder später, mitunter bälder als man denkt, tut sich der **unüberbrückbare Gegensatz** zwischen beiden Parteien wieder auf, und die Arbeiter, die aus mangelndem Weitblick ihre Organisation vernachlässigt haben, müssen dann ihre Vertrauensseligkeit schwer büßen.

Wir leben jetzt wieder in einer Zeit, die ein engeres **Zusammenarbeiten zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen** geradezu gebieterisch verlangt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse am Ende des Weltkrieges haben eine gewisse Aehnlichkeit mit den Zuständen vor vier Jahren, als wie ein Blitz aus heiterem Himmel der Krieg in das stolze Gebäude unseres Wirtschaftslebens fuhr. Eine **Arbeitslosigkeit** von ähnlichem, vielleicht noch größerem Umfang als damals steht uns bevor, wenn unsere Millionenheere in viel schnellerem Tempo, als es geplant war, demobilisiert werden müssen. In erster Linie und am sch[...] sten werden die Arbeiter unter diesem Zustand leiden, [...] aber auch für das Unternehmertum und das Volksganze [...] schwersten Gefahren in sich birgt. Wir haben kürzlich [...] die **Anerkennung der Gewerkschaften** durch [...] Zechenverband berichtet, inzwischen haben auch die bi[...] ebenso gewerkschaftsfeindlichen Unternehmer aus der Sch[...] eisenindustrie mit den Gewerkschaften verhandelt. [...] Sinneswandlung dieser Kreise ist zum Teil eine **Wirku[...] der demokratischen Welle**, deren Einfluß sich [...] mand entziehen kann, sie dürfte aber auch davon beeinf[...] sein, daß die Herren die im Gefolge der Demobilisier[...] drohenden Gefahren erkennen und ihnen möglichst vorbeu[...] wollen.

Aehnlich wie in der ersten Zeit des Krieges und [...] mutlich in noch größerem Umfang als damals dürften [...] jetzt wieder **Arbeitsgemeinschaften** zwischen Un[...] nehmern und Arbeitern ins Leben treten, um die **Schw[...] rigkeiten der Uebergangswirtschaft** leic[...] zu überwinden. Die Arbeitsgemeinschaften der ersten Kri[...] zeit haben aber nicht verhindern können, daß der Gegen[...] zwischen Unternehmer- und Arbeiterinteressen bald wi[...] in Erscheinung trat, und nur der Zwang des Kriegszustan[...] hat den Ausbruch großer Kämpfe im allgemeinen verhü[...] Es bedarf keiner Sehergabe, um vorauszusagen, daß [...] neuen oder wiedererstehenden Arbeitsgemeinschaften du[...] aus keine **dauernde** Sicherung des sozialen Friedens [...] deuten.

Die verhängnisvollsten Folgen könnte es nach sich zie[...] wenn die Arbeiter aus Zuständen, die ihrer Na[...] nach nur vorübergehend sein können, schließen würd[...] daß die gewerkschaftliche Organisation jetzt minder wic[...] sei. Nein, wir haben **die Gewerkschaften jetzt n[...] wendiger als jemals**. Jetzt müssen wir rüsten, [...] müssen wir werben, damit wir, wenn es die Zeit erford[...] auf den Plan treten können. Der Augenblick ist unse[...] Werbetätigkeit besonders günstig. Eine ungeheure A[...] regung hat sich des ganzen Volkes bemächtigt. Die Er[...] nisse, die mit der Liquidierung des Krieges und mit [...] Demokratisierung der inneren Zustände im Zusammenh[...] stehen, nehmen alle Gemüter gefangen. Selbst Leute, [...] sich früher nie um die Vorgänge im öffentlichen Leben [...] kümmert haben, sind jetzt politisch in höchstem Maße int[...] essiert. Diese **Männer und Frauen** werden es v[...] stehen, wenn ihnen gesagt wird, daß sie sich **organisier[...] müssen**, wenn sie einen Einfluß ausüben wollen. [...] aller Bedeutung, die den politischen Vorgängen zukom[...] berühren die Fragen, die zu dem Tätigkeitsgebiet der G[...] werkschaften gehören, jeden Arbeiter und jede Arbeiter[...] am nächsten. Die Gelegenheit, für unseren Verband [...] werben, ist jetzt günstiger als je; nützen wir sie m[...] Kräften aus.

Aber auch der **noch beim Heer befindliche[...] Kollegen** müssen wir gedenken. Bald werden sie wied[...] in Massen ins Erwerbsleben zurückströmen. Viele werd[...] nicht wiederkommen, der Krieg hat sie vorzeitig dahingeraf[...] Von den Gewerkschaftsmitgliedern, die ins Feld gezog[...] sind, hat ein großer Teil die Verbindung mit der Organi[...] sation daheim dauernd aufrechterhalten; sie werden selbs[...] verständlich nach ihrer Heimkehr sofort wieder ihre al[...] Stelle im Verband ausfüllen. Mancher Kollege ist ab[...] in der langen Kriegszeit **der Organisation ent[...] fremdet**, viele werden wiederkehren, die früher dem Ve[...] band nicht angehört haben. **Sie alle müssen jetzt i[...] die Reihen ihrer kämpfenden Brüder ein[...] treten**, um mit ihnen für die gemeinsamen Interessen de[...] Arbeiterschaft zu wirken. Die im Heer zugebrachte Ze[...] war eine gute Schule für die Organisation. Dort hat jed[...] gelernt, daß ein Erfolg nur zu erringen ist durch ein **plan[...] mäßiges Zusammenwirken der Massen**. De[...] einzelne ist nur ein kleines Rädchen in dem großen Organis[...] mus, aber **auf jeden einzelnen kommt es a[...]** und das Ganze versagt, wenn nicht jeder einzelne sein[...] Pflicht tut. Aehnlich ist es in der Gewerkschaft, nur be[...] sich hier das Zusammenwirken auf die **freiwillige** Unte[...] ordnung des einzelnen unter den Willen der Gesamthe[...] gründet.

Die Zeit ist ernst. Das Volk als Ganzes und jeder ei[...] zelne hat Schweres erlebt, und der Blick in die Zukunft i[...] recht trübe. Die politische Umwälzung, die sich jetzt unt[...] lebhafter Anteilnahme der Arbeiterschaft vollzieht, zaube[...] uns verheißungsvolle Bilder vor das Auge. Feste Gest[...] werden sie aber nur annehmen, wenn die **Arbeiter[...] schaft einig und geschlossen** ihren Weg verfol[...] Einig und geschlossen müssen wir aber auch auftreten, wen[...] wir unsere wirtschaftliche Lage verbessern, wenn wir ein[...] gerechten Anteil an dem Ertrage unserer Arbeit erlang[...] wollen. **Hinein in die Organisation, hine[...] in die Gewerkschaften!**, das muß in diesen schicksal[...] schweren Tagen die Losung der Arbeiter sein.

Soziales.

Die Zinsscheine der Kriegsanleihen sind gesetzliche Zahlungs[...] mittel.

In den letzten Wochen hat sich im Geschäftsleben ein s[...] empfindlicher Mangel an Zahlungsmitteln bemerklich [...] macht. Verursacht ist er durch eine unsinnige Angst, die g[...] wisse Kreise erfaßt hat. Sie fürchten, ihre bei Banken u[...] Sparkassen angelegten Gelder zu verlieren und heben d[...] halb ihre Kapitalien ab. Der verfolgte Zweck wird da[...] natürlich nicht erreicht, im Gegenteil bedeutet die Auf[...] wahrung größerer Barsummen eine Gefahr für die gl[...] lichen Besitzer. Für die immer zahlreicher werdende Sch[...] der Diebe und Einbrecher sind solche Schätze eine w[...] kommene Beute.

Schlimmer als diese Folge ist die durch die unsinnige Ge[...] hamsterei für unsere Volkswirtschaft heraufbeschworene G[...] fahr. Der Mangel an im Umlauf befindlichen Zahlung[...] mitteln zwingt zur Ausgabe immer größerer Mengen ne[...] Papiergeldes. Je mehr Papiergeld im Umlauf ist, [...] tiefer sinkt der Kurs der Mark an den ausländischen Bör[...] Das heißt, die Waren, die wir aus dem Ausland bezieh[...]

werden immer teurer und ihr Preis beeinflußt auch die inländische Produktion. Zwischen dem internationalen Kurs des deutschen Geldes und der Menge des umlaufenden Papiergeldes besteht eine enge Wechselwirkung. Daher die fortwährenden Mahnungen zum bargeldlosen Geldverkehr.

Diese Mahnungen berühren die Arbeiter im allgemeinen ebensowenig wie die jetzt immer dringender werdenden Warnungen vor der Geldhamsterei. Es gibt nicht viele Arbeiter, die sich ein Bankkonto angelegt haben, das sie nun abheben, um zum Schaden der Allgemeinheit Banknoten zu hamstern. Bei diesen Geldoperationen ist der Arbeiter in der Regel nur der leidende Teil. In den letzten Wochen ist es vielfach vorgekommen, daß den Arbeitern am Wochenschluß der fällige Lohn nicht ausgezahlt werden konnte, weil es dem Unternehmer nicht möglich war, von seiner Bank das erforderliche Bargeld zu erhalten. Das hat peinliche und ärgerliche Zwischenfälle verursacht. Um die üblen Folgen der Geldhamsterei zu beseitigen, sind verschiedene Aushilfsmittel angewendet worden, insbesondere wurden größere Mengen von Zinsscheinen in den Verkehr gebracht. Hierüber wird uns geschrieben:

Infolge der Knappheit von Geldumlaufsmitteln hat der Bundesrat beschlossen, daß die am 2. Januar 1919 fällig werdenden Zinsscheine der fünfprozentigen Reichskriegsanleihen als „gesetzliches Zahlungsmittel" gelten sollen. Die Ungewohntheit dieses Zahlungsmittels hat wohl mit Veranlassung gegeben, daß bei Auszahlung von Löhnen die Arbeiter vereinzelt die Zinsscheine zurückgewiesen haben. Es sei deshalb ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die als Zahlungsmittel erklärten Zinsscheine gleichwertig und gleichberechtigt sind mit allen anderen anerkannten Zahlungsmitteln, besonders mit dem Papiergeld. Sie müssen zu dem auf den Scheinen aufgedruckten Betrage nicht nur von allen öffentlichen Kassen, sondern auch im privaten Verkehr als Zahlungsmittel angenommen werden. Sie sind besonders kenntlich durch einen grünen Unterdruck und durch ein deutliches lateinisches „q" in der rechten oberen Ecke sowie durch den Vermerk: „Halbjährige Zinsen zahlbar am 2. Januar 1919 mit 2 Mk. 50 Pf." oder 5 Mk., 12 Mk. 50 Pf., 25 Mk., 50 Mk., 125 Mk., 250 Mk., 500 Mk. Die oberste Reihe des Aufdrucks lautet bei allen diesen Zinsscheinen: „5proz. Anleihe des Deutschen Reiches von 1915" oder 1916, 1917, 1918 „(uk. 24)". Ebenso tritt keine Entwertung der Zinsscheine ein. Entsprechend dem die Fälligkeit bezeichnenden Aufdruck werden sie vom 2. Januar 1919 an gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel eingelöst. Bis dahin sind sie, wie bemerkt, selbst gesetzliches Zahlungsmittel. Die Arbeiter erfahren also nach keiner Richtung hin eine Schädigung, wenn sie diese Zinsscheine in Zahlung nehmen.

Volkszählung.

Am 4. Dezember findet wieder eine allgemeine Volkszählung im ganzen Reich statt. Sie wird in der gleichen Weise vorgenommen wie die Zählungen am 1. Dezember 1916 und am 5. Dezember 1917. Diese Volkszählungen dienen der praktischen Durchführung der Versorgungsregelung. Die im Laufe des Jahres eingetretenen Verschiebungen und Veränderungen im Bevölkerungsstand der einzelnen Gebietsteile sind so beträchtlich, daß eine neue Zählung notwendig ist, um brauchbare Unterlagen für die Verteilungsmaßnahmen zu gewinnen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 46. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

48759 Joh. Reif, Tschl., geb. 26. 6. 53 zu Altdorf.
161836 Paul Schrepel, M.-A., geb. 12. 10. 72 zu Tauchan.
791248 Johanne Edler, Arb., geb. 3. 7. 02 zu Bremen.
798413 Eduard Widmann, Tschl., geb. 19. 9. 64 zu Woltersdorf.

Im Monat Oktober gingen von nachverzeichneten Zahlstellen folgende Beträge ein:

Gau Danzig: Bromberg 100 Mk., Elbing 700, Graudenz 50, Gumbinnen 93, Lauenburg 35,40, Lötzen 13, Lyck 42, Marggrabowa 35, Memel 1400, Nakel 11,70, Neustettin 20, Osterode 100, Pr.-Stargard 50, Rastenburg 47, Tilsit 500 Mark.

Gau Stettin: Gollnow 80 Mk., Grabow 80, Güstrow 400, Malchin 55,85, Neustrelitz 116,16, Rostock 1000, Schwerin 542, Stargard 136,50, Strelitz 129, Swinemünde 20, Teterow 72,15, Torgelow 30, Ueckermünde 25, Wismar 350 Mk.

Gau Breslau: Beuthen 180 Mk., Bunzlau 200, Deutsch-Lissa 50, Erdmannsdorf 100, Frankenstein 54,78, Freiburg 300, Friedland 70, Glogau 50, Görlitz 900, Grünberg 459,05, Haynau 50, Herischdorf 150, Hirschberg 250, Langenöls 500, Lauban 40,80, Liebau 280, Liegnitz 400, Löwenberg 20, Neisse 80, Niesky 287,12, Ostrowo 25, Ratibor 23,07, Trebnitz 100, Waldenburg 200, Ziegenhals 200 Mk.

Gau Berlin: Adlershof 600 Mk., Angermünde 100, Beeskow 30, Berlin 29 000, Berlinchen 60, Cottbus 300, Crossen 19,50, Cüstrin 80, Dahme 60, Driesen 219,14, Eberswalde 150, Erkner 80, Fehrbellin 30, Finsterwalde 500, Forst 218,60, Frankfurt 400, Freienwalde 91,30, Friedrichshagen 71,15, Fürstenberg 259,60, Gassen 110, Hoyerswerda 150, Königswusterhausen 505,45, Lübben 50, Muskau 122,52, Nowawes 200, Oderberg 60, Oranienburg 80, Pritzwalk 48,75, Rathenow 350, Rogasen 45, Schneidemühl 3750, Schönwalde 5,80, Schwedt 19,50, Schwiebus 80,10, Seegefeld 200, Senftenberg 46,26, Spandau 450, Stegalitz 400, Teltow 200,20, Trebbin 113,95, Treuenbrietzen 113,55, Weißwasser 27,30, Zossen 75 Mk.

Gau Dresden: Altenberg 200 Mk., Bautzen 1000, Bischofswerda 70,40, Brand 180,94, Cunnersdorf 500, Döbeln 600, Eppendorf 1500, Freiberg [illegible], Geringswalde 500, Glashütte 300, Kamenz 25, Königstein 300, Kötzschenbroda 425,45, Liebenwerda 72,80, Löbau 707, Marienberg 400, Meißwaida 300, Neugersdorf 300, Neuhausen 85,25, Osterhau 250, Oschatz 370, Rabenau 1300, Radeberg 300, Radeburg 70, Riesa 1000, Schandau 674,80, Schmiedeberg 144,90, Sebnitz 80, Seifhennersdorf 100, Sohland 150, Stolpen 85, Torgau 188, Waldheim 400, Wilsdruff 900, Zittau 800 Mk.

Gau Leipzig: Adorf 10 Mk., Altenburg 350, Aue 151,25, Auerbach 110, Borna 150, Buchholz 200, Düben Frankenberg 400, Glauchau 120, Hainichen 400, Hohenstein-Ernstthal 10, Jöhstadt 500, Johanngeorgenstadt 800, Meusel-witz 800, Oelsnitz 30, Plauen 300, Schmölln 600, Schönheide 1400, Stollberg 40, Treuen 60, Weida 80, Zeitz 800, Zwickau-Werdau 600 Mk.

Gau Erfurt: Apolda 110 Mk., Arnstadt 61,52, Böhlen 350, Brotterode 41,60, Bürgel 286,13, Coburg 500, Ellrich 30, Eschwege 70, Fehrenbach 19, Friedrichroda 30, Gießübel 252,15, Goldlauter 50, Gräfenhain-Naundorf 40, Hermsdorf 26,60, Heubach 3, Hildburghausen 100, Jena 500, Ilmenau 50, Kelbra 61, Langensalza 50,90, Langewiesen 85,80, Lauscha 200, Leibis 40, Mellenbach 420, Merseburg 131,25, Mühlhausen 200, Naumburg 100, Nordhausen 67,90, Ostheim 55,80, Pößneck 234,36, Ruhla 40, Saalfeld 120, St. Andreasberg 355,60, Schalkau 104,50, Schleusingen 11,60, Schmalkalden 28, Steinach 319, Suhl 40, Tambach 200, Triptis 25,80, Wasungen 40, Weimar 500, Zella-Mehlis 70 Mk.

Gau Magdeburg: Aken 27,10 Mk., Aschersleben 100, Bernburg 400, Bitterfeld 150, Braunschweig 1600, Burg 500, Cöthen 100, Coswig 125, Dessau 705, Eisleben 1000, Gardelegen 288,20, Halberstadt 350, Halle 600, Hettstedt 40, Magdeburg 1200, Osterburg 35,20, Quedlinburg 168,95, Sangerhausen 220,06, Schönebeck 500, Stendal 200, Tangermünde 30, Wernigerode 600 Mk.

Gau Hamburg: Apenrade 81,36 Mk., Aurich 60, Bergedorf 350, Blankenese 200, Boizenburg 243, Brake 280, Bremen 2400, Bremerhaven 6000, Dannenberg 30, Delmenhorst 204,50, Elmshorn 200, Esterbrügge 120, Eutin 20, Flensburg 450, Glückstadt 20,55, Heide 102, Itzehoe 100, Kellinghusen 40, Kiel 1000, Lauenburg 63, Lübeck 1200, Lüneburg 1893,57, Neumünster 322, Norden 80, Oldenburg 200, Oldesloe 150, Pinneberg 60, Reinfeld 15, Rotenburg i. H. 22, Scherrebeck 19,50, Schleswig 50, Schwartau 40, Tondern 15,10, Varel 218, Wilhelmshaven 600, Winsen 69,48 Mk.

Gau Hannover: Blomberg 100 Mk., Carlshafen 126,20, Cassel 1000, Celle 200, Detmold 50, Einbeck 20, Göttingen 475, Herford 2600, Melle 79,42, Minden 233,34, Münden 100, Obernkirchen 110, Osterode 75, Peine 75, Quakenbrück 62,55, Uslar 65, Verden 100, Walsrode 50 Mk.

Gau Düsseldorf: Aachen 230 Mk., Bochum 250, Bonn 634, Dinslaken 36,75, Dortmund 1200, Düsseldorf 3000, Duisburg 500, Essen 700, Gelsenkirchen 500, Gevelsberg 107,48, Hamborn 50, Hamm 42, Iserlohn 20, Köln 5000, Krefeld 500, Lippstadt 30, Mülheim 177,45, M.-Gladbach 25, Münster 49,16, Oberhausen 56,55, Ohligs 153,71, Paderborn 30, Recklinghausen 16,60, Rheydt 300, Siegen 19,50, Soest 7,20, Uerdingen 136,05, Unna 24,60, Velbert 97,30, Wanne 7,50, Wattenscheid 23,40, Wesel 65, Wetter 100 Mk.

Gau Frankfurt: Alzey 15,60 Mk., Andernach 256,85, Aschaffenburg 150, Bendorf 72, Bensheim 150, Bingen 9,75, Bubenheim 200, Fechenheim 160, Frankfurt 2000, Friedberg 150, Gießen 125, Grünstadt 141, Hanau 600, Höhr 17,10, Kirchberg 24, Mainz 3700, Neustadt a. d. H. 400, Neuwied 200, Oberramstadt 334,30, Saarbrücken 700, Speyer 401,50, Trier 15, Wiesbaden 694, Wörth 100, Zweibrücken 50 Mk.

Gau Nürnberg: Bodenwöhr 57,75 Mk., Cadolzburg 114,80, Cham 20,80, Georgensgmünd 2,70, Gunzenhausen 227,90, Helmbrechts 154,70, Herzogenaurach 7,80, Hof 250, Kitzingen 97,63, Kronach 110,80, Kulmbach 125,05, Lichtenfels 213,10, Lohr 202,30, Neuhaus 51,05, Neumarkt 53,40, Nordhalben 109,60, Nördlingen 40, Nürnberg 7000, Ochsenfurt 170, Pappenheim 10,60, Pegnitz 115, Reichelsdorf 100, Roth 54,80, Rothenburg 150, Schnen 442,01, Schwabach 120, Schwarzenbach 70, Schweinfurt 100, Selb 21,60, Tirschenreuth 104,60, Weißenburg 74,10, Wendelstein 55, Würzburg 800, Zirndorf 78,95 Mk.

Gau München: Altbling 200 Mk., Bruckmühl 250, Dachau 400, Freising 130, Füssen 80, Holzkirchen 180, Ingolstadt 150, Kaufbeuren 150, Krumbach 25, Landsberg 100, Landshut 50, Lindau 146,45, Memmingen 400, Miesbach 8,40, Mühldorf 241,80, München 6000, Schwaben 400, Starnberg 50, Straubing 170, Tölz 200, Traunstein 100, Wolfratshausen 100 Mk.

Gau Stuttgart: Biberach 58,60 Mk., Bietigheim 137, Donaueschingen 150, Durlach 2,90, Ebingen 50, Friedrichshafen 700, Gaggenau 374,75, Gmünd 35, Göppingen 500, Hall 120, Heidenheim 129,05, Heilbronn 600, Holzgerlingen 40,55, Hornberg 70, Karlsruhe 690, Kirchheim 250, Langenbrücken 40, Lorch 23,05, Marbach 200, Mergentheim 130, Metzingen 137,80, Neuenbürg 300, Nürtingen 274,45, Oberndorf 200, Offenburg 30, Ravensburg 500, Reutlingen 380,75, Schramberg 300, Singen 70, Spiegelberg 23, Steinheim 100, Ulm 500, Urach 132, Waiblingen 126,30 Mk.

Die Revisoren und Verwaltungen werden ersucht, vorstehende Quittungen genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Nicht mit aufgeführt sind die Beträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Parkt 2.

Der Verbandsvorstand.

Unsere Lohnbewegung.

Ein Fiasko der Mannheimer Scharfmacher.

Zu dem Aufsatz mit dieser Ueberschrift, den wir in Nr. 43 veröffentlicht haben, sendet uns der Syndikus des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes für die Holzindustrie eine längere Berichtigung, deren Abdruck er unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes verlangt. Obwohl das Schriftstück den Anforderungen des Gesetzes nicht entspricht, geben wir es doch als ein interessantes Dokument für die Zustände im Unternehmerlager nachstehend wieder:

Berichtigung.

In der Nr. 43 der „Holzarbeiter-Zeitung" hat ein gewisser G. — wohl Göttfried (Stuttgart) — eine Zuschrift veröffentlicht, auf deren Ton wir selbstverständlich nicht eingehen, die aber wegen der in ihr enthaltenen Fülle von Unwahrheiten auch im Interesse unserer Arbeiter der Berichtigung bedarf.

1. Unwahr ist die Behauptung, daß die im August d. J. abgeschlossene Vereinbarung den Südwestdeutschen Arbeitgeberverband für die Holzindustrie veranlaßt hat, aus dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe, Berlin, auszutreten. Wahr ist vielmehr, daß der frühere hiesige Bezirksverband des Arbeitgeber-Schutzverbandes, der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe, Mitte 1917 austrat und sich Ende 1917 auflöste. Wahr ist, daß der jetzt bestehende Südwestdeutsche Arbeitgeberverband für die Holzindustrie Anfang 1918 gegründet wurde und nie Mitglied des Arbeitgeber-Schutzverbandes war.

2. Unwahr ist die Behauptung, daß die Vertreter des Südwestdeutschen Verbandes den Holzarbeiter-Verband als die widerstandsfähigste Arbeiterorganisation bezeichnet haben. Wahr ist vielmehr, daß die Arbeitgeber wissen, daß die hiesigen Gauleiter des Holzarbeiter-Verbandes nichts unterlassen, um eine widerstandsfähige Organisation zu schaffen.

3. Unwahr ist die Behauptung, daß die Mannheimer Arbeitgeber sich Mitte September zur Anerkennung der vom Arbeitgeber-Schutzverband bewilligten Teurungszulagen bequemen mußten. Wahr ist vielmehr, daß in Mannheim ein Schiedsspruch gefällt wurde, der sich dadurch von den Vereinbarungen des Arbeitgeber-Schutzverbandes unterscheidet, daß die beiden Raten der Zulagen um je 14 Tage später gezahlt werden. Wahr ist auch, daß der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses zur Begründung des Schiedsspruches ausdrücklich ausführte, daß nach Ansicht des Schlichtungsausschusses weder der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband für die Holzindustrie noch die einzelnen ihm angehörenden hiesigen Firmen verpflichtet seien, sich den Abmachungen des Arbeitgeber-Schutzverbandes zu fügen. Wahr ist ferner, daß der Freiburger Schlichtungsausschuß diese Ansicht dadurch zum Ausdruck gebracht hat, daß die zweite Teurungszulage erst ab 15. September gezahlt zu werden braucht. Dabei muß noch betont werden, daß sich die badischen Arbeitgeber gemäß Beschluß vom 17. September bereit erklärt hatten, die Teurungszulage in der gleichen Höhe wie der Arbeitgeber-Schutzverband sie gewährt, jedoch zu anderen Terminen zu zahlen. Wahr ist endlich, daß der Vorsitzende des Freiburger Schlichtungsausschusses bei der Begründung des Schiedsspruches ausführte, daß kein Anlaß bestehe, die Freiburger Arbeiter besser zu stellen als die Arbeiter des wirtschaftlich bedrängtesten Platzes Mannheim, und daß die erste Rate nur deshalb ab 19. August zu zahlen sei, weil die Freiburger Arbeitgeber selbst ausdrücklich erklärt hatten, in Mannheim für Bewilligung der ersten Rate ab 19. August einzutreten.

4. Unwahr ist, daß die Firmen in Oos die erste Rate der Teurungszulagen nach den Nürnberger Vereinbarungen ab 19. August ausgezahlt und auf Drängen der Gewerkschaft eine Kürzung der Arbeitszeit vorgenommen haben. Wahr ist vielmehr, daß zwei Firmen bereits ab 1. September, also dem Vorschlag des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes für die Holzindustrie entsprechend, 10 Pf. zahlen, und daß bei einigen Firmen eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich durchgeführt wurde.

5. Unwahr ist die Behauptung, daß der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband nur die Holzindustrie vertreten wolle, und daß der Arbeitgeber-Schutzverband nach Ansicht des Vorsitzenden und des Syndikus des Mannheimer Verbandes eine rein kleingewerbliche Vertretung darstelle. Wahr ist vielmehr, daß behauptet wurde, im Arbeitgeber-Schutzverband spielten die Kleinmeister eine erhebliche Rolle. Wahr ist auch, daß der Südwestdeutsche Verband nur Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern als Einzelmitglieder aufnimmt, dagegen kleinere Betriebe nur in der Form von Korporationen.

6. Unwahr ist, daß die Lohnbewegungen in Baden zu einer Blamage für den Südwestdeutschen Arbeitgeberverband geworden sind. Wahr ist vielmehr, daß er, abgesehen von Höchst und Karlsruhe, überall die erstrebte Abweichung von den Vereinbarungen des Arbeitgeber-Schutzverbandes erreicht hat. Wahr ist auch, daß die badischen Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes selbst nicht recht an die Blamage des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes für die Holzindustrie glauben, da es in der Nr. 40 der „Holzarbeiter-Zeitung" als wahrscheinlich bezeichnet wird, daß der von den Vereinbarungen des Arbeitgeber-Schutzverbandes abweichende Mannheimer Schiedsspruch die Norm für das ganze Gebiet des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes wird. Wahr ist ferner, daß die Höchster und Karlsruher Firmen, die erst im Laufe dieses Jahres unsere Mitglieder wurden, nur deshalb zur Anerkennung der Vereinbarungen des Arbeitgeber-Schutzverbandes verpflichtet wurden, weil sie ihren Austritt aus diesem Verband erst im Laufe dieses Jahres beantragt haben und satzungsgemäß bis zu ihrem definitiven Ausscheiden verpflichtet sind, den Vereinbarungen des Arbeitgeber-Schutzverbandes Folge zu leisten. Es ist also nicht die Tätigkeit der Gauleiter, welche die Arbeitgeber von Höchst und Karlsruhe zur Anerkennung der Nürnberger Vereinbarungen gezwungen hat.

7. Unwahr ist die Behauptung, der Syndikus habe in Karlsruhe erklärt, „es sei eben eine undankbare Aufgabe, eine schlechte Sache zu vertreten". Wahr ist vielmehr, daß der Syndikus darauf hinwies, daß es vom moralischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus ein Nonsens sei, wenn die Karlsruher Firmen zur Innehaltung der Vereinbarungen einer Organisation gezwungen würden, aus der sie gerade wegen der von ihr getroffenen Vereinbarungen ausgetreten wären. Juristisch habe die Sache natürlich nicht anders beurteilt werden können. Es sei eine undankbare Aufgabe, eine juristisch so schlechte Sache zu vertreten.

8. Unwahr ist, daß der Syndikus in Karlsruhe die Behauptung aufgestellt haben soll, die Arbeiter in Mannheim hätten einen von der Kriegsamtstelle gemachten Vermittlungsvorschlag auf Befehl ihres Gauleiters ablehnen müssen. Wahr ist vielmehr, daß der Syndikus erklärt hat, daß der Arbeiterausschuß der Süddeutschen Möbelfabrik in Mannheim vor dem Vertreter der Kriegsamtnebenstelle, Herrn Hauptmann Brixen, mit dem Südwestdeutschen Arbeitgeberverband eine Vereinbarung über eine weitere Teurungs-

zulage getroffen hat, und daß später der Arbeiterausschuß, aufgefordert, die schriftlich niedergelegte Vereinbarung zu unterzeichnen, erklärt hat, die Gewerkschaft habe ihm die Unterzeichnung der Vereinbarung verboten. Wahr ist auch, daß gelegentlich der Sitzung des Mannheimer Schlichtungsausschusses diese Tatsache erwähnt wurde, und der Vorsitzende dem Mannheimer Gauleiter, Herrn Rehfeld, gegenüber ausdrücklich erklärte, daß nach Annahme der Vereinbarung durch den Arbeiterausschuß, der nach dem Hilfsdienstgesetz die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft darstelle, Einwände usw. seitens der Gewerkschaft völlig irrelevant seien.

9. Unwahr ist, weil unvollständig, die Behauptung, der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses Karlsruhe habe den Syndikus gebeten, sich an die Tatsachen zu halten. Wahr ist vielmehr, daß der Schreiber des Artikels absichtlich nicht hinzufügt, in welchem Zusammenhang diese Bitte ausgesprochen wurde. Der Syndikus hatte ausgeführt, daß in den Vereinbarungen vom November 1917 die Verpflichtung der Arbeiter enthalten sei, vor dem 15. Februar 1919 neue Forderungen nicht zu stellen. Auf den Hinweis des Gewerkschaftssekretärs Herrn Göttfried, daß eine solche Bestimmung in den Vereinbarungen nicht enthalten sei, hat der Vorsitzende die obenerwähnte Bitte ausgesprochen. Der Syndikus hat daraufhin erklärt, daß, da die November-Vereinbarungen die bestehenden Tarifverträge bis 15. Februar 1919 verlängern, diese Verträge nicht nur einseitig die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeitnehmer binden, und zwar an die Befolgung aller Bestimmungen der Tarifverträge und der nachträglichen Zusätze, also auch an die Befolgung der November-Vereinbarungen mit ihren Mindestlöhnen und Teurungszulagen. Demnach sei die Stellung neuer Forderungen vor dem 15. Februar 1919 ausgeschlossen, wenn man nicht die Tarifverträge und ihre Zusätze ihres Vertragscharakters berauben wolle.

10. Unwahr ist die Behauptung, der Syndikus habe wiederholt den Versuch gemacht, den Arbeitgeber-Schutzverband gegenüber dem Südwestdeutschen Arbeitgeberverband als unbedeutend hinzustellen. Wahr ist vielmehr, daß der Syndikus mehrfach vor, während und nach der Schlichtungsausschußsitzung in Karlsruhe ausdrücklich betont hat, daß der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband für die Holzindustrie eine Neugründung sei, welcher gegenüber der Arbeitgeber-Schutzverband, Berlin, allerdings die weitaus größere Organisation sei; daß diese aber nicht als ausschlaggebende Zentralvertretung der Holzindustrie angesehen werden könne, da sie von der gesamten deutschen Holzarbeiterschaft nur einen Bruchteil beschäftige.

11. Unwahr ist, daß der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband für die Holzindustrie Scharfmacherprinzipien verfolgt. Wahr ist vielmehr, daß er aus eigenem Antrieb Anfang August die Vertreter der Gewerkschaften zwecks Besprechungen über die Gewährung einer den speziell badischen Verhältnissen angepaßten Teurungszulage eingeladen hat.

Mannheim, den 30. Oktober 1918.

gez.: Süßmuth,
Syndikus des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes
für die Holzindustrie.

Unser Gewährsmann, den wir um eine Aeußerung gebeten haben, bemerkt dazu, daß es Außenstehenden allerdings nicht möglich sei, nachzuprüfen, wann und unter welchen Umständen der Austritt des Südwestdeutschen Bezirksverbandes aus dem Arbeitgeber-Schutzverband erfolgte. Tatsache ist aber, daß die Karlsruher Firmen wegen der Nürnberger Vereinbarung aus dem Schutzverband ausgetreten sind. Das bestätigt der Herr Syndikus selbst in Nr. 7 seiner „Berichtigung".

Ein Eingehen auf die Wortklauberei unter Nr. 2 ist nicht nötig. Unter Nr. 3 werden Dinge berichtigt, die gar nicht behauptet waren. Die Termine für das Inkrafttreten der Zulage waren in der „Holzarbeiter-Zeitung" genannt. Bezüglich der Verpflichtung des Süddeutschen Arbeitgeberverbandes und seiner Mitglieder, sich den Abmachungen des Schutzverbandes zu fügen, die Herr Süßmuth durch den Schlichtungsausschuß verneinen läßt, sei festgestellt, daß davon im Freiburger Schiedsspruch keine Rede ist. Diese Frage wird dort vielmehr offengelassen und ausdrücklich gesagt, der Ausschuß lasse es dahingestellt, welcher Tarifvertrag gilt.

Unter Nr. 4 berichtigt Herr Süßmuth eine Behauptung, die nicht aufgestellt war, und er bestätigt die Richtigkeit dessen, was von uns gesagt wurde. Die Berichtigung unter Nr. 5 berührt komisch, wenn man sie mit dem Satz vergleicht, der berichtigt werden soll. Daß Herr Süßmuth, wie er in Nr. 6 „berichtigt", seinen Verband nicht für blamiert hält, ändert nichts an der Tatsache; haben doch selbst Mitglieder des Südwestdeutschen Verbandes diesem Gefühl Ausdruck gegeben. Es ist auch nicht richtig, daß die Höchster und die Karlsruher Firmen nur deshalb zur Anerkennung der Vereinbarungen des Schutzverbandes verpflichtet wurden, weil sie erst in diesem Jahre ihren Austritt aus diesem Verband beantragt haben. Der Schiedsspruch legt die Verpflichtung allen Firmen auf, auch denen, die weder dem Schutzverband noch dem Arbeitgeberverband angehören. Nicht die Mitgliedschaft zu einem Verband, sondern der bestehende Tarifvertrag war maßgebend. Was Herr Süßmuth unter Nr. 7 und 8 berichtigt, bleibt nichtsdestoweniger wahr.

Zu Ziffer 9 der Berichtigung ist zu sagen, daß der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses Karlsruhe nicht erst auf einen Hinweis des Gauvorstehers Göttfried, sondern aus eigenem Antrieb den Herrn Syndikus aufforderte, nicht solche irreführenden Darstellungen zu geben. An der Feststellung, die in Nr. 10 der Berichtigung bestritten wird, ist nichts zu ändern, und wenn unter Nr. 11 bestritten wird, daß der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband Scharfmacherprinzipien verfolge, so kommt es darauf an, was man unter solchen Prinzipien betrachtet. Das vorliegende Material berechtigt unseres Erachtens vollauf zu diesem Urteil. Wir nehmen aber gern Notiz davon, daß der Arbeitgeberverband keine Scharfmacherorganisation sein will. Von seinen weiteren Taten wird es abhängen, ob wir unser Urteil künftig ändern können. Die Tatsache, daß er bei der abgeschlossenen Bewegung ein Fiasko erlitten hat, wird auch durch die lange Berichtigung nicht aus der Welt geschafft.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

B. G. Teubners Künstler-Steinzeichnungen können als ein wertvolles Volksbildungsmittel angesprochen werden. Es sind farbige Originalwerke hervorragender Künstler, die wohl geeignet sind, dem Schund, der sich noch vielfach in Arbeiterwohnungen als Wandschmuck breitmacht, erfolgreich Konkurrenz zu machen, um so mehr, als die einzelnen Kunstblätter sich durch ihren billigen Preis auszeichnen. Die umfangreiche Sammlung ist wieder durch einige neue Nummern bereichert worden. Ein ausführlicher Katalog, der auch über passende Rahmen Auskunft gibt, wird vom Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, gegen Einsendung von 1,20 Mk. zugesandt. Der Versand eines Verzeichnisses „Die Ansichtskarte im Dienst der deutschen Kunst" erfolgt von dort kostenfrei.

H. H. Houben, **Hier Zensur — wer dort?** Antworten von gestern auf Fragen von heute. Mit Umschlagbild von Th. Th. Heine. Leipzig, F. A. Brockhaus. 1918. Preis 3,60 Mark, geb. 5 Mk.

Die Zensur ist heute ein sehr aktuelles Thema, deshalb dürfte auch das Interesse für Zensurstreiche besonders lebhaft sein. Das vorliegende Buch ist keine gelehrte Geschichte der Zensur, sondern vielmehr ein kurzweiliges Lesebuch. In einer epigrammatisch zugespitzten, anekdotenartigen Form gibt der Verfasser eine Uebersicht über die Entwicklung der höfischen und militärischen, politischen, religiösen und moralischen Zensur in Deutschland und Oesterreich vom Zeitalter Friedrichs des Großen bis zum Ausgang der Freiheitskriege.

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Stuttgart. Abonnementspreis bei allen Buchhandlungen und Postanstalten vierteljährlich 5,20 Mk., Einzelhefte 40 Pf.

Gestorbene Mitglieder.

Willy Rögner, Polierer, 33 J., gest. in Waldheim.
August Höhr, Stockarbeiter, 41 J., gest. in Mühlheim a. M.
Klara Plathe, Korbmacherin, 23 J., gest. in Saalfeld (Saale).
Rudolf Ammon, Korbmacher, 16 J., gest. in Saalfeld (Saale).
Lieschen Toppel, Holzarbeiterin, 20 J., gest. in Perleberg.
Eduard Heyer, Beizer, 44 J., gest. in Groß-Schönau.
Ida Riesner, Hilfsarbeiterin, 27 J., gest. in Agneiendorf.
August Gillo, 60 J., gest. in Insterburg.
Josef Eichler, Bauanschläger, gest. in Pirna.
Willy Häse, Tischler, 21 Jahre, gest. in Pirna.
Georg Herzhauser, Gattersäger, 56 J., gest. in Kaiserslautern.
Franz Becker, Schreiner, 58 J., gest. in Köln.
Vinzenz Michels, Schreiner, 64 J., gest. in Köln.
Richard Kroitzsch, Knopfmacher, 63 J., gest. in Schmölln.
Anna Hüttig, Knopfarbeiterin, 35 J., gest. in Schmölln.
Diedr. Reimers, gest. in Brake.
Adolf Koschel, Tischler, 64 J., gest. in Breslau.
Wilhelm Scheer, Maschinenarbeiter, 59 J., gest. in Breslau.
Julius Thiel, Maschinenarbeiter, 52 J., gest. in Breslau.
Richard Marocke, Stellmacher, 23 J., gest. in Breslau.
Fritz Herbst, Maschinenarbeiter, 53 J., gest. in Breslau.
Nikolaus Köcher, Maschinist, 69 J., gest. in München.
Peter Drechsel, Schreiner, 50 J., gest. in München.
Franz Schwarz, Bürstenmacher, 49 J., gest. in München.
Wolfgang Greißl, Maschinist, 43 J., gest. in München.
Ernst Rentsch, Säger, 48 J., gest. in München.
Mich. Fuhrmann, Schreiner, 60 J., gest. in München.
Albrecht Thaumüller, Parkettleger, 45 J., gest. in München.
Adam Brunner, Schreiner, 55 J., gest. in München.
Franz Filler, Maschinist, 53 J., gest. in München.
Anna Heckenthaller, Bürstenmacherin, 17 J., gest. in München.
Hilde Oehmig, Holzarbeiterin, 22 J., gest. in Hilmsdorf.
Bernhard Berger, Polierer, 54 J., gest. in Geringswalde.

Ehre ihrem Andenken.

2 Korbmachergesellen gesucht. C. Hochgräf, Korbmachermstr., Teterow (Mkl.-Schw.).

100 Arbeiter u. Arbeiterinnen, auch solche, die erst angelernt werden müssen, sofort für leichte Reparaturen an Geschoßkörben gesucht. Meldungen an Meister Otto Wünsche, Torgau, Promenade 6a. Aug. Eggers, Korbwarenfabrik, Berlin W. 30, Bamberger Straße 15.

Gesucht mehrere tüchtige Einzieher (Einzieherinnen) für Bürstenwaren. Louis Volprecht, Hamburg, Ottostr. 46.

Zahnbürsten-Einzieherinnen werden angenommen; auch werden in verschiedenen Orten Ausgabestellen errichtet. Altenburger Zahnbürstenfabrik Carl Müller, Altenburg (S.-A.).

Werkzeug-Neuheiten.
Preislisten gratis und franko!
Otto Bergmann, Berlin SO., Oppelnerstr. 31.

Holzindustrie-Werk sucht Aufträge für dringenden Kriegs- oder Friedensbedarf. Wer kann bedeutende Sachen nachweisen gegen Vergütung? Bedeutende Holzvorräte, z. B. in Buchen und Erlen über 1000 Waggonladungen vorhanden. Angebote erbeten unter 7881 an „Ala", Hamburg 1, Rathausmarkt 19.

Sportschlitten-Kufen!!
Esche, gebogen, prima Ware.

100	120	140	160 cm Holzlänge.
4,—	4,50	5,—	5,75 Mk. für 1 Paar

Max Walther, Dresden 22,
Rehefelder Straße 51.
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 34827.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.
Berlin SO. 16 — — — Am Köllnischen Park 2
Den Zahlstellen-Verwaltungen empfehlen wir:
Einladungs-Postkarten für Mitglieder-Versammlungen. 100 Stück 1,20 Mk., 500 Stück 4,30 Mk.
Einkassierer-Karten für Bezirkskassierer. 100 Stück 2,20 Mk., 500 Stück 9,50 Mk., 1000 Stück 17,50 Mk.
Quittungs-Formulare. Block, enthaltend 50 Formulare. 1 Block 0,20 Mk., 10 Block 1,60 Mk.
Etuis für die Mitgliedsbücher. 1 Stück 0,10 Mk.

TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD
Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen
Beschickt von vielen Kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen · Auskunft durch die Direktion: B. Kolscher

Tüchtige **Schreiner** und **Stuhlmacher** stellen ein Schneider & Hanau A.-G., Heimöbelf., Frankfurt a. M., Fabrik: Hinter der schönen Aussicht 8.

1 Tischlergesellen sucht J. Loeffart, Tischlermeister, Spornitz bei Parchim, Mecklbg.-Schwerin.

Tüchtige **Tischler** auf Bau und Möbel (Gesellen) [illegible] sofort gesucht durch den **Arbeitsnachweis** der Zahlstelle Riesa (Sachsen).

Einen tüchtigen **Maschinenarbeiter** und mehrere tüchtige **Tischler** stellen sofort ein C. W. Sonnenberg & Söhne, Möbelfabrik, Peine-Hannover.

Vergolder u. Farbigmacher für [illegible] Eifenleisten sofort für dauernd gesucht. **W. Sahre,** Leisten- u. Rahmenfabrik, **Dresden,** [illegible] 15.

2 tüchtige **Stuhlschreiner** sofort gesucht. **Wilh. Seid, München,** Preysingstraße 28.

Ovaldrechsler verlangt, welcher die Leitung einer Werkstelle übernehmen kann und mit allen Arbeiten vertraut sein muß. Ovalrahmenfabrik **Max Leonhard, Berlin,** Schlesische Straße 31.

Tüchtiger **Drechsler,** welcher in der Lage ist, die Fabrikation von Spinnrädern mit Energie zu leiten, für sofort gesucht. **Dom. Holzer, München,** Schleißheimer Straße 74.

Stockarbeiter finden sofort Beschäftigung bei J. A. Otto **Gäbner,** Stockfabrik, **Bürgel (Thüringen).**

Holzpolierer auf Schiffe, Schirmstöcke und Spazierstöcke sucht für dauernde Beschäftigung **Bernhard Ros, Berlin SO.,** Michaelkirchstr. 20.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 2. November, bis Freitag, 8. November 1918.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Tischler			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Berlin	17	—	35	47	10	60	19	—	58	11	—	43	7	—	4	69	—	88	170	10	28
Bremen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Breslau	—	—	1	2	8	—	—	2	—	1	1	—	—	—	1	—	6	—	3	17	2
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eilenburg	—	—	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	5	1
Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lübeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	17	—	36	49	23	60	19	2	58	12	1	43	7	—	5	69	6	89	173	32	29
Vor. Woche	19	8	35	65	128	46	40	9	60	15	7	24	3	3	6	61	12	81	203	177	25

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. in Berlin SO. 16.